

Jetzt heißt es wachsam sein

Politische Wechselfälle und eine Politik für den Wechsel

von Dottie Guerrero

Der 15. Jahrestag der legendären People Power 1 wurde von einer schwindenden Euphorie nach der zweiten »EDSA-Revolution« überschattet. Vielen ist verständlich, warum die gute Stimmung für People Power 2 nicht lange anhalten kann. Nicht, dass diese People Power weniger bedeutsam wäre als die erste.

Es gibt im Gegenteil Anlass zu Optimismus, gleichgültig wie sehr EDSA 2 einen realen Wandel in der politischen Kultur des Landes bewirken wird. Fünfzehn Jahre zogen ins Land, und bei vielen wichtigen Belangen muss man wieder von vorne anfangen. EDSA 1 hat einen Diktator ausgeschaltet, aber nicht das politische System und dessen Arrangements beseitigt, die Marcos geschaffen hatte.

Was ist spektakulär an der neuen Regierung und der Art und Weise ihrer Machtübernahme? Bisher hat Gloria Macapagal-Arroyo nichts Außergewöhnliches geleistet, um das derart große Geschenk zu verdienen, das ihr die philippinische Bevölkerung gemacht hat. Schlimm genug, dass der kritisch denkende Teil der Bevölkerung keine allzu großen Hoffnungen hegt, dass sie viel bewirken könnte. Gloria selbst verstärkt den Eindruck, dass ihre Politik auf dem selben *Trapo*-System basiert, wie das ihrer Vorgänger. (*Trapo* ist ein abschätziger Ausdruck für traditionelle Politik, die für Vetternwirtschaft und persönlichen Opportunismus steht.)

Auf dem Höhepunkt der Anti-Estrada-Proteste machte SANLAKAS durch ihre »Alle sollen zurücktreten« (*resign all*) — Kampagne darauf aufmerksam, dass Gloria genauso ein *Trapo* sei wie Estrada und zudem fast ebenso stark an Glückspielgeschäften beteiligt ist. Auf dem Höhepunkt von EDSA 2 hieß die Parole »Ersetzt Estrada, aber passt auf Gloria auf!«

Das war eine scharfsinnige Wahrnehmung, wie sie die Führung erlangen würde.

Nun fühlen sich diejenigen bestätigt, die zur Vorsicht mahnten. Bis auf wenige Ausnahmen folgte das neue Kabinett wieder dem selben System der »Beuteverteilung«. Wie zuvor schon Cory Aquino ist auch Gloria Macapagal-Arroyo eher bemüht, es den Parteien innerhalb der EDSA-Kräfte recht zu machen, als qualifizierte Leute in die Regierungsarbeit zu holen, die ernsthaft bereit sind, an der Veränderung der Verhältnisse mitzuwirken. Anstatt Mitglieder von NGOs, sozialen Bewegungen oder privaten Sektoren einzubeziehen, die die Anti-Estrada-Kampagne in Gang brachten, griff sie lediglich auf die Ramos-Clique zurück (siehe Niklas Reese: Hupp! Hurra! Gloria!, S. 76ff.).

Wie nach der EDSA 1 ist die herrschende Klasse in den Philippinen wieder gespalten. Die einen sind dem geschassten Präsidenten gegenüber loyal, die anderen der emporkommenden Clique. Wie früher schon hat diese Aufspaltung nichts mit Prinzipien zu tun, sondern viel mehr mit persönlichen und verwandtschaftlichen Bindungen. Da die neue Regierung noch nicht an der Erfüllung von Versprechungen zu messen ist, werden die Wahlen am 14. Mai bloß zu einer Art Referendum über Macapagals Präsidentschaft werden. Auf der anderen Seite ist es Eraps letzte Möglichkeit zu zeigen, dass er immer noch die Unterstützung der Mehrheit genießt.

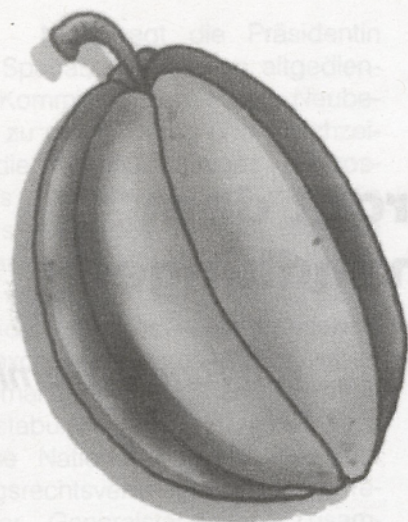
Die Wahlen im Mai

Bei den kommenden Wahlen im Mai geht es um 13 Senatorensitze,

252 Sitze im Unterhaus des Kongresses und etwa 17.000 Posten in den örtlichen Regierungsstellen. Beflügelt vom jüngsten EDSA-Geist stellen diese Wahlen eine besondere Herausforderung für alle dar, nämlich »Politik« neu zu definieren. In einem Land, in dem der Begriff »Politik« zu einem Synonym für alles Negative wurde, könnte diese Zeit eine neue Ära einläuten, in der die Zukunft der Demokratie gestärkt werden könnte. Mehr als sonst könnte der Begriff *Trapo*-Politiker stigmatisieren, und deren Karrieren beenden. Das opportunistische Verhalten vieler Politiker, noch in letzter Minute auf den EDSA-Zug aufzuspringen (daher auch nach einem Obst, das seine Farbe wechselt, *balimbings* genannt), ist den Urhebern der Protestbewegung zuwider. Plastikbecher wurden auf Verteidigungsminister Mercado geworfen, wohingegen der frühere Basketballstar und heutige Senator Jaworski ausgebuht wurde, als er sich beim EDSA-Schrein zeigte.

Die Anti-*Trapo*-Bewegung ist nicht neu. Ramon Mitra und Joe de Venecia — Mitra war 1992 Präsidentschaftskandidat, de Venecia 1998 — sind zwei klassische Beispiele, die zeigen, wie die Identifikation als *Trapo* dazu führen kann, dass man sich als Wahlkämpfer plötzlich vorfindet wie jemand, der einen Karren mit eckigen Rädern schieben muss.

Dottie Guerrero ist Mitarbeiterin des Institute for Popular Democracy in Manila. Sie ist zur Zeit auch Mitarbeiterin des Asienhauses in Essen.



Balimbing

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Beide waren vor ihrer Kandidatur jeweils Parlamentspräsident. Das Repräsentantenhaus gilt — mehr noch als der Senat — traditionell als eine Bastion engstirniger, opportunistischer und kurzfristiger Interessen, wo politische Händel an der Tagesordnung sind.

EDSA 2 unterscheidet sich von EDSA 1 vor allem durch seinen Anti-Korruptions- und Anti-Trapo-Charakter. EDSA 2 hat eine wachsamere und kritischere Masse hervorgebracht, eine Lektion, die durch die Misserfolge von 1986 teuer bezahlt wurde. Mehr Menschen als früher sind sich heute bewusst, wie sehr Nachsichtigkeit gegenüber Marcos dazu beigetragen hat, die Gerechtigkeit zu strangulieren. Diese Nachsichtigkeit wiederum hatte die Ausformung formaler Institutionen behindert, welche die demokratische Transformation der Philippinen auf einen besseren Weg bringen könnten.

Herausforderungen und Chancen für die Demokratie

Wie schon 1986 wird die philippinische Elite von einer erstarrenden linken Bewegung bedroht, die von der wachsenden Ungeduld

derer profitieren kann, die nach Reformen und mehr Demokratie rufen. Die Linke vermag die Regierung heutzutage nicht mehr mit Waffengewalt zu stürzen. Ihre Chance ist es nun, als parlamentarische Alternative zu der *Trapo*-Politik in Erscheinung zu treten. So stellt sie eine potentielle Gefahr für den Status Quo im Kongress und anderen Bereichen der Regierung dar. Den rechtsgerichteten Gruppen ist klar, dass der Einfluss der Linken bei den Massenmobilisierungen gegen Estrada, die Akzeptanz linker Anliegen unter der Mittelschicht und die mehrheitliche Ablehnung traditioneller Politik dazu führen könnte, dass sie ihre jahrelange Vormachtstellung bei den Wahlen einbüßen.

Satur Ocampo, der führende Kopf der ›Nationaldemokraten‹ von *BAYAN MUNA*, konnte mit Recht darauf verweisen, dass die Linke die größte und die am stärksten organisierte Kraft der Anti-Estrada-Bewegung gewesen ist. Die Gründung der Partei *BAYAN MUNA* im September 1999 signalisierte den neuen Versuch der ›Nationaldemokraten‹, ihre Stärke an den Wahlurnen zu beweisen. Anders als 1987 will dieses politische Lager dieses Mal so viele Sitze wie möglich im Kongress und in den kommunalen Parlamenten gewinnen. *BAYAN MUNA* hat sich zum Ziel gesetzt, als Parteiliste drei Sitze im Kongress zu gewinnen. Es dürfte interessant zu beobachten sein, wie der ›nationaldemokratische‹ Dachverband *BAYAN* seine organisatorische Stärke in Wählerstimmen umzuwandeln vermag. Die konkurrierende Gruppe *SANLAKAS* wird diesmal zweigleisig fahren. Neben der *Sanlakas*-Partei kämpft jetzt auch die neue *Partido Manggagawa* (Arbeiterpartei) um Kongresssitze. Sie wurde von dem ermordeten Arbeiterführer Popoy Lagman gegründet.

Aufgrund seiner Erfolge im gegenwärtigen Kongress ist ein anderes linke Bündnis, *Akbayan*, zuversichtlich, im Mai drei Sitze gewinnen zu können — und weiterhin eine neue Art von Politik zu betreiben, die heute bei vielen jungen Wählern beliebt ist,

die nach Alternativen suchen. *Akbayans* Mitglieder kommen aus verschiedenen politischen Blöcken und neuen sozialen Bewegungen.

Die Reichen und Berühmten, die über gute Beziehungen verfügen und zu den führenden fünf Prozent der philippinischen Gesellschaft gehören, haben traditionell den Kongress dominiert. Wer auch sonst könnte die Kosten eines landesweiten oder auch nur bezirkswerten Wahlkampfes finanzieren? Die Bedeutung politischer Reformen, die insbesondere auf eine Neuverteilung der Ressourcen und eine Institutionalisierung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der politischen Willensbildung abzielen sollen und sich den Wurzeln von Armut und Unterentwicklung stellen, sind die inspirierenden Momente, wegen denen die Linke jetzt ernsthaft Wahlkampf betreibt.

Parteilistenwahlen

Republican Act 7941, das Parteiengesetz von 1997, sieht vor, dass keine Partei im Listensystem mehr als drei Sitze erringen kann. Auf diese Weise soll eine größere Anzahl kleinerer Parteien auf der Basis einer landesweiten Zwei-Prozent-Klausel die Chance erhalten, Sitze zu erringen. (Für einen Sitz wird man in diesem Jahr ungefähr 500.000 Stimmen erringen müssen.)

Die Wahlkommission hat in diesem Jahr ungefähr 266 Parteilisten zugelassen. 143 von ihnen waren bereits 1998 dabei. Die meisten der neu zugelassenen Parteien sind jedoch recht zweifelhafter Natur; sie agieren nach bewährtem Muster als Satelliten für alteingesessene Gruppen. Wenn man dann noch an die höchst dubiose Wahlkommission denkt, erfordert es schon ein außerordentliches Maß an Wachsamkeit und Engagement, um eine neue Politik am Leben zu erhalten, zu gestalten und zu entfalten.

Übersetzung: Klaus Schmidt